

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1960

Die im Jahresablauf übliche sommerliche Atempause wird gegenwärtig von einem Herbstaufschwung abgelöst, der erneut in den meisten Wirtschaftsbereichen die bisherigen Produktionsrekorde brechen wird. Dennoch ist eine Abschwächung im Produktionswachstum und eine leichte Beruhigung der Nachfrage unverkennbar. Die großen volkswirtschaftlichen Nachfragegruppen — Unternehmer, Endverbraucher, öffentliche Körperschaften und ausländische Käufer — stellen zwar weiterhin hohe Ansprüche an die wirtschaftlichen Wachstumskräfte, aber die Mutmaßung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 26. August 1960), „daß auch in Westdeutschland die Konjunktur ihren boomartigen Höhepunkt hinter sich hat“, scheint im ganzen zuzutreffen. Soweit die Ansprüche an die Produktion immer noch sehr hoch sind und mit den Produktionsmöglichkeiten nicht übereinstimmen, ist dies auf die nach wie vor sehr kräftige *Unternehmensnachfrage* nach Investitionsgütern zurückzuführen. Demgegenüber bleibt die Nachfrage der *Endverbraucher* auch jetzt noch hinter der Gesamtentwicklung zurück. Um so bemerkenswerter sind deshalb die in letzter Zeit vielfach erfolgten Preiserhöhungen auch bei Ver-

brauchsgütern. Der jedenfalls nicht durch Lohnerhöhungen verursachte und zu rechtfertigende Preisanstieg ist ein Schlag gegen die Bemühungen der Bundesbank, den Geldwert zu erhalten.

Nach ersten vorläufigen Berechnungen stieg das *Bruttosozialprodukt* in der Bundesrepublik (ohne West-Berlin) im 1. Halbjahr 1960 gegenüber dem 1. Halbjahr 1959 um rund 14 vH auf 131 bis 132 Mrd. DM an. Die Zuwachsrate ist allerdings dadurch überhöht, daß das Saarland im 1. Halbjahr 1959 noch nicht zur Bundesrepublik gehörte und infolgedessen auch nur im 1. Halbjahr 1960 in der Sozialprodukts-Rechnung erscheint. Im Bundesgebiet *ohne* Saarland betrug die Zuwachsrate *nominal* rund 11,8 vH und *real*, d. h. unter Ausschluß der Preiserhöhungen, etwa 9 vH. Das Ifo-Institut schätzt, daß sich das Arbeitsvolumen (Beschäftigungszahl x Arbeitszeit je Beschäftigten) in der ersten Hälfte dieses Jahres um rund 4 vH ausgeweitet hat¹⁾. Demnach müßte die gesamtwirtschaftliche Produktivität (Bruttosozialprodukt je Beschäftigtenstunde) im 1. Halbjahr 1960 gegenüber der ersten Hälfte des Jahres 1959 um etwa 5 vH zugenommen haben. Diese hohe Zuwachsrate, die etwa der des Jahres 1959 entspricht, wurde erreicht, obwohl im Gegensatz zu 1959 im 1. Halbjahr 1960 der Spielraum für Produktivitätssteigerungen als Folge von besserer Kapazitätsausnutzung nur noch klein

1) Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 2/1960, S. 10.

Die *Industrieproduktion* nahm im 1. Halbjahr 1960 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres — arbeitsmäßig gerechnet — um rund 12,5 vH und in den ersten sieben Monaten des Jahres um etwas mehr als 12 vH zu. Die Jahres-Zuwachsrate ging von 13,6 vH im 1. Vorjahr 1960 über 11,8 vH im 2. Vierteljahr auf 10,1 vH im Juli zurück²⁾. Dieser Rückgang ist — worauf wir in früheren Berichten mehrfach hinwiesen — z. T. darauf zurückzuführen, daß im Januar und Februar 1959, die Basismonate für die Vergleichsrechnung im 1. Vierteljahr sind, der Produktions-Tiefstand der damaligen Flaute lag. In den letzten Monaten haben wir es dagegen mit einer echten Abschwächung des Produktionswachstums zu tun, und in den nächsten Monaten dürften die Zuwachsraten kaum noch wesentlich über 10 vH hinausgehen.

Kennzeichnend für die Entwicklung in den letzten Monaten waren neben der allgemeinen Verlangsamung des Wachstumstempos die erheblichen Unterschiede im Wachstum der einzelnen Produktionsbereiche. An der Spitze liegt die Investitionsgüterindustrie mit einer Jahres-Zuwachsrate von 16,4 vH im Juli und von 16,4 vH im 2. Vierteljahr. Ihr folgt die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit 13,6 vH bzw. 15,1 vH, während das Wachstum der Verbrauchsgüterindustrie nur 7,3 vH bzw. 9,4 vH betrug und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie im Juli sogar ein Rückgang von 1,6 vH zu verzeichnen war (nach einer Zuwachsrate von 4,3 vH im 2. Vierteljahr). Die Bauproduktion (Rohhochbau und Tiefbau) nahm im Juli um 5,5 vH und im 2. Vierteljahr um 8,5 vH zu.

Hauptträger der industriellen Produktionszunahme war die außergewöhnlich hohe *Arbeitsproduktivität*. Das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde war im 1. Halbjahr 1960 um schätzungsweise 10 vH höher als im 1. Halbjahr 1959. Während im vergangenen Jahr die Beschäftigtenzahl in der Industrie gegenüber 1958 nur geringfügig zunahm, ist sie im 1. Halbjahr 1960 beträchtlich höher gewesen als im gleichen Vorjahreszeitraum: Ende März war sie — ohne Saarland — um 4,5 vH und Ende Juni mit 7,757 Millionen um 3,9 vH höher als jeweils ein Jahr zuvor.

Absolut stieg die Beschäftigtenzahl in der Industrie von Ende Juni 1959 bis Ende Juni 1960 um 287 000 Personen. Damit hat die Industrie sieben Achtel des gesamten Jahreszuwachses an Beschäftigten absorbiert. Auch innerhalb der Industrie ist ein Abwandern von Arbeitskräften in Bereiche mit höherer Produktivität und zugleich höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen festzustellen. Von den 331 000 Personen, die Mitte 1960 gegenüber Mitte 1959 mehr im Arbeitsprozeß

standen, kamen 206 000 entweder aus der „unsichtbaren Arbeitsreserve“ (Hausfrauen, Flüchtlinge usw.) oder als ausländische Arbeitskräfte in die Bundesrepublik — deren Zahl stieg von Juli 1959 bis Juli 1960 um 113 000 auf 276 000 an. Der Rest von 125 000 ergab sich aus einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Inzwischen verringerte sich die Arbeitslosenzahl nochmals bis auf 113 109 am 31. August 1960. Die Arbeitslosenquote betrug 0,6 vH (bei den Männern 0,5 vH). Das ist ein Satz, der kaum noch gesenkt werden kann. Größtenteils handelt es sich nämlich bei den jetzt noch Arbeitslosen um Personen, die entweder (z. B. nach Erreichen der Altersgrenze) nur noch beschränkt arbeits- und vermittlungsfähig oder die kurzfristig auf Stellensuche und arbeitslos sind (Fluktuationsarbeitslosigkeit). Wie angespannt die Arbeitsmarktlage ist, zeigt sich u. a. daran, daß Ende August den 113 109 Arbeitslosen rund 537 600 gemeldete offene Stellen gegenüberstanden — die tatsächliche Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte indessen noch höher sein. Außerdem sind nach Mitteilung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch rund 270 000 Ausbildungsstellen unbesetzt.

Richtig stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (in seinem Wochenbericht vom 26. August 1960) fest, daß die Investitionsgüterindustrien „in zunehmendem Maße zu einem ‚Nutznießer‘ dieser Spannungerscheinungen geworden“ sind. „Auf der einen Seite sind sie infolge des gerade durch die Knappheit an Arbeitskräften bedingten Rationalisierungsdrangs in den Genuß stark wachsender Aufträge für Ausrüstungsinvestitionen anderer Bereiche und dementsprechend stark wachsender Umsätze gelangt, auf der anderen Seite verfügen sie als Nachfrager auf dem Arbeitsmarkt infolge ihrer günstigen Absatzlage und ihrer hierdurch wesentlich verbesserten Kostenerlöselrelation über eine gegenüber den andern Wettbewerbern um die knappe Arbeitskraft sehr starke Position.“ Wie stark die *Investitionsbereitschaft* ist, zeigt sich daran, daß im 1. Halbjahr 1960 nicht weniger als 17 vH mehr für Bauten und Ausrüstungen ausgegeben wurde als im 1. Halbjahr 1959. Die *reale* Zuwachsrate der Brutto-Anlageninvestitionen dürfte nach ersten vorläufigen Schätzungen etwa 12 vH betragen haben bei einem realen Gesamtwachstum des Sozialprodukts von 9 tH. Im Gegensatz zu der Entwicklung im vergangenen Jahr sind dabei die Bauinvestitionen nicht mehr so stark angestiegen wie die Ausrüstungsinvestitionen, deren reales Jahreswachstum im 1. Halbjahr mit rund 16 vH ungefähr doppelt so stark war wie das der Bauinvestitionen.

Diese Entwicklung wird sich auch im 2. Halbjahr fortsetzen. Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet sogar in seinem Bericht zur Wirtschaftslage (im Juli 1960), „daß der Zu-

2) Dieser Bericht wurde am 15. September 1960 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die industrielle Produktion und Auftragslage erst bis zum Monat Juli 1960 vor.

wachs an Aufwendungen für Ausrüstungen und Bauten in der Industrie einem neuen Nachkriegsrekord zustrebt". Die Investitionsgüterindustrie liegt unverändert an der Spitze der Auftragsstatistik. Sie erhielt im Juli 1960 dem Werte nach um rund 23 vH mehr *Aufträge* als ein Jahr zuvor. Im 2. Vorjahr 1960 hatten die Aufträge in diesem Produktionsbereich binnen Jahresfrist um 16,6 vH und im 1. Vierteljahr um 21,3 vH zugenommen. Nach den Angaben der am Konjunkturtest des Ifo-Instituts teilnehmenden Firmen hatte die Investitionsgüterindustrie Mitte des Jahres Auftragsbestände, für deren Erledigung eine Produktionsdauer von durchschnittlich 5,1 Monaten benötigt wird. Mitte 1959 hatte sie nur für 3,7 Monate Aufträge. In der Verbrauchsgüterindustrie hat sich dagegen im gleichen Zeitraum der Auftragsbestand nur in einem Umfang vergrößert, der die zur Erledigung notwendige Produktionsdauer von 2,7 auf 3,4 Monate ansteigen ließ. Dabei ist in den letzten Monaten in der Verbrauchsgüterindustrie ein beträchtliches Nachlassen der Bestelltätigkeit zu verzeichnen: Im 2. Vierteljahr betrug der Anstieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nur noch 10,2 vH, und im Juli lagen die Bestellungen sogar etwas (— 1 vH) unter denen des Juli 1959. In der gesamten Industrie betrug die Wachstumsrate des Auftragseingangs im Durchschnitt des 2. Vierteljahres 13 vH und im Juli 11 vH.

*

Wenn die Investitionstätigkeit trotz aller krediteinschränkenden Maßnahmen der Bundesbank bisher nicht nachgelassen hat, dann ist dies hauptsächlich auf den hohen Selbstfinanzierungsgrad vor allem der großen Unternehmen sowie auf die enorme Zunahme der Gewinne zurückzuführen. Die Nettoeinkommen der Selbständigen und Unternehmungen (verteilte und unverteilte Gewinne) waren im 1. Halbjahr 1960 um rund ein Viertel höher als im 1. Halbjahr 1959 und die unverteilten Gewinne allein um nicht weniger als 60 vH.

Hierauf sollte hingewiesen werden, wenn die Unternehmer weiter wie in den letzten Monaten die Preise vieler Waren heraufsetzen und sich dabei mit Lohnforderungen und -erhöhungen rechtfertigen wollen. Diese Begründung für Preisherhaftungen ist in der gegenwärtigen Situation so sehr an den Haaren herbeigezogen, daß selbst das Bundeswirtschaftsministerium feststellen muß: „Wenn auch durchweg ... die Heraufsetzung der Preise mit gestiegenen Lohnkosten begründet wird, so ist die tiefere Ursache des Preisanstiegs in dem seit langem bestehenden Nachfrageüberhang zu finden.“ Das heißt aber, daß viele Unternehmer ihre augenblickliche Machtstellung auf dem Markt rücksichtslos ausnutzen und bei diesen von gesamtwirtschaftlicher

Verantwortung, die sie immer von den Gewerkschaften fordern, nichts zu spüren ist.

Tatsächlich sind im Durchschnitt der Industrie die Lohnkosten je Stück auch im 1. Halbjahr weiter gesunken, wie die Gegenüberstellung von Bruttostundenlöhnen und den Produktionsergebnissen je Arbeiterstunde schon auf den ersten Blick erkennen läßt. Vom Februar 1959 bis zum Februar 1960 stieg der durchschnittliche Bruttostundenlohn in der Industrie nach der amtlichen Statistik um 7,3 vH und vom Mai 1959 bis zum Mai 1960 um 8,4 vH (auf 263,1 Pf) an. Die Arbeitsleistung je Stunde nahm indessen vom 1. Halbjahr 1959 bis zum 1. Halbjahr 1960 um rund 10 vH zu.

Nach Angaben der Bundesbank sind die *Nettolöhne* und *-gehälter* im 1. Halbjahr 1960 (im Bundesgebiet ohne Saarland) um fast 10 vH auf 46,8 Mrd. DM angestiegen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat ermittelt, daß die Zahl der Arbeitnehmer im 1. Vierteljahr 1960 — vor allem infolge der Winterbaumaßnahmen — um 4 vH und im 2. Vierteljahr 1960 um reichlich 2 vH höher war als in den gleichen Vorjahreszeiträumen.³⁾ Für das 1. Halbjahr 1960 kann demnach mit einer durchschnittlichen Zunahme der Arbeitnehmerzahl um 3 vH gerechnet werden. Dann ergibt sich ein Nettoeinkommen je Arbeitnehmer von rund 6,7 vH. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeitszeit je Beschäftigten im 1. Halbjahr 1960 insgesamt länger war als im 1. Halbjahr 1959, das zwei Arbeitstage weniger hatte.

Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg binnen Jahresfrist um durchschnittlich 3,1 vH an. Dieser allgemeine *Preisanstieg* reduzierte die Zunahme der Nettoeinkommen je Arbeitnehmer von nominell 6,7 vH auf *real* 3,5 vH. Von dem Mehr an Lohn und Gehalt wurde dem Arbeitnehmer also wieder rund 45 vH durch die gleichzeitigen Preissteigerungen weggenommen. Der Kaufkraftzuwachs, den der einzelne Arbeitnehmer in Höhe von durchschnittlich 3,5 vH erhielt, war nur etwa zwei Drittel so groß wie die gleichzeitige Zunahme des realen Bruttosozialprodukts je Beschäftigten. Aus diesem Mißverhältnis erklärt sich die unterdurchschnittliche Entwicklung in den verbrauchsnahe Wirtschaftsbereichen.

Die Preise für die Lebenshaltung sind allerdings in den letzten Monaten bis zum Juli, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, etwas gesunken, vor allem, weil die Preise für verschiedene Nahrungsmittel (Obst, Gemüse) infolge der in diesem Jahr besseren Ernte zurückgingen. Im ganzen lagen aber die Preise für die Ernährung im Juli immer noch um fast 3 vH über denen des Juli 1959. Für den Herbst 1960 ist ein erneutes fühlbares Ansteigen des Preisindex für die Lebenshaltung

3) Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 2/1960, S. 140 und 150.

zu befürchten. Das lassen die auf den Herbstmessen vielfach beobachteten Preiserhöhungen ebenso vermuten wie die Anfang August wirksam gewordenen Mieterhöhungen nach dem Lücke-Plan. Von ihnen sind zunächst 6 bis 7 Millionen Mieter betroffen, die zwischen 10 und 38 vH mehr Miete aufwenden müssen — hinzu kommen noch die Untermieter. Bei einem durchschnittlichen Anteil der Mietaufwendungen an den gesamten Lebenshaltungskosten von 10,2 vH führen die Mieterhöhungen zu einer Verteuerung der gesamten Lebenshaltung um 1 bis 4 vH. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften befürchtet in seinem neuesten Konjunkturbericht (WWI-Mitteilungen, Heft 7/8 1960, S. 168), daß sich die Lebenshaltungskosten im Herbst 1960 „durch das Zusammenspiel von dirigistischen Preiserhöhungen bei den Agrarpreisen und bei den Mieten mit der marktwirtschaftlichen Bereitschaft von Industrie und Handel, die konjunkturelle Hochspannung auf den Märkten zu Preissteigerungen auszunutzen“ „wahrscheinlich auf ein um rund 5 vH höheres Niveau stellen werden als im Frühjahr 1959“. Wenn Deutschlands führende Wirtschafts- und Finanzzeitung „Der Volkswirt“ am 10. September 1960 schreibt: „Man muß hoffen, daß auf die Dauer die Wirtschaftspolitik dieser Preiserhöhungswelle nicht tatenlos zusehen wird. Sie muß eingreifen, wenn sie einen späteren Rückschlag vermeiden oder wenigstens mildern will“, dann haben wir unsererseits dem nichts weiter hinzuzufügen.

Das Bundeswirtschaftsministerium selbst ist in seinem letzten Lagebericht der Ansicht, daß sich durch Maßnahmen zur Vergrößerung des Güterangebots und zur Stärkung des Wettbewerbs „am wirkungsvollsten gegen die Tendenz zu Preiserhöhungen vorgehen“ ließe. Gedacht ist Wohl in erster Linie an eine befristete Aufhebung oder Ermäßigung der Umsatzausgleichsteuer für Einfuhren von Fertigwaren — in unserem letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage hatten wir bereits auf diese Möglichkeit hingewiesen (GM H. 7/1960, S. 424). Daß sich der Bundeswirtschaftsminister durchsetzen wird, möchten wir freilich auf Grund der Erfahrung, nicht zuletzt in der Wettbewerbs- (Kartell-)politik, bezweifeln. Schon hat der Bundesfinanzminister seine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Verwendung der Umsatzausgleichsteuer als konjunkturpolitisches Mittel angemeldet, und der Bundesverband der Deutschen Industrie sowie andere Wirtschaftsverbände sind ihm darin gefolgt.

Dabei war auch in den ersten sieben Monaten dieses Jahres der *Ausfuhrüberschuß* sehr hoch. Gegenüber der gleichen Vorjahrszeit konnte er nur etwas verringert werden. Vom Januar bis zum Juli 1960 flossen für 2,7 Mrd. DM mehr Waren in das Ausland, als wir von

dort bezogen hatten, während es vom Januar bis Juli 1959 für 2,85 Mrd. DM gewesen waren. Der leichte Rückgang ergab sich daraus, daß die Einfuhr etwas stärker zunahm als die Ausfuhr.

Die aus den Ausfuhrüberschüssen ständig neu einströmenden Devisen sind zwar nicht die einzige, aber doch eine wesentliche Quelle der starken Geldflüssigkeit und der preiserhöhenden Tendenzen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Stimmen laut werden, die durch eine *Aufwertung* der D-Mark die Ausfuhrüberschüsse beseitigt haben wollen. Bei einer Aufwertung werden nämlich automatisch die Ausfuhrwaren teurer und die Einfuhrwaren billiger. Hier kann und soll nicht das Für und Wider einer Aufwertung dargelegt werden, sondern nur festgehalten werden, daß Bundesregierung und Bundesbank am 17. Juni 1960 entschieden erklärt haben, „daß die Gerüchte und Spekulationen auf eine Aufwertung der D-Mark jeder Grundlage entbehren“.

Zur weiteren Liquiditätsabschöpfung wurde Anfang August zwischen der Bundesbank und dem Engeren Ausschuß des Bankenankleihekonsortiums als der Vertretung der Kreditinstitute vereinbart, daß die Institute von der Bundesbank Geldmarktpapiere (Schatzanweisungen), die nicht handelbar sind, in Höhe von insgesamt einer Milliarde DM übernehmen und sie, abgesehen von Sonderfällen, zwei Jahre bei sich halten. Diese Form der Geldstilllegung soll eine sonst eventuell von der Bundesbank für erforderlich gehaltene weitere Mindestreserveerhöhung vermeiden. Da die Banken die Mindestreserven sinnlos anlegen müssen, für die übernommenen Geldmarktpapiere aber eine fast marktgerechte Verzinsung erhalten, ist dieser Ersatz für die Banken sogar günstig, und es ist nicht erstaunlich, daß die erste Tranche (Teilbetrag) in Höhe von 500 Mill. D-Mark bei einem Diskontsatz von 5 1/2 vH sehr rasch übernommen wurde.

Nach dem Vorbild dieser Vereinbarung arbeiten führende Industrielle und Bankiers, unterstützt vom Bundesverband der Deutschen Industrie, zur Zeit an einem Plan einer Entwicklungsanleihe der Industrie. Soweit hierüber bisher etwas bekannt wurde, soll möglichst rasch durch eine Anleihe eine Milliarde DM an Kaufkraft dem inneren Geldkreislauf entzogen und bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zunächst stillgelegt werden. Später sollen diese Mittel den Entwicklungsländern als Anleihe gewährt werden, wobei die Empfänger nicht gebunden werden sollen, in der Bundesrepublik zu kaufen. Die maßgebenden Vertreter der Industrie wollen außerdem die Einführung von Abschreibungsrücklagen nach schwedischem Vorbild vorschlagen. Danach können Beträge aus Abschreibungen für einige Jahre in einem besonderen Fonds stillgelegt werden, wofür Steuervergünstigungen gewährt werden.

Günter Pehl